



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Hälg freut sich auf die WM in Lahti
Am Samstag steht Philipp Hälg in Lahti zum ersten Mal im Einsatz. Er bereitet sich aber bereits in Finnland vor. 11

Digitales Geld in Sekundenschnelle
Im Hoi-Laden in Vaduz ermöglicht ein Automat den Tausch von Franken in Bitcoin – und umgekehrt. 2

Noch kein Abo?
Jetzt gleich bestellen unter +423 236 16 61



www.vaterland.li

Zurück aus dem Süden
Die ersten Störche haben ihre Horste bezogen. 2

Wildunfälle
Unterlassene Meldungen können teuer werden. 3

Zu viel gefeiert?
Wie der fiese Kater bekämpft werden kann. 5

Neue Perspektiven
Künstlerbrillen auf Nasen von Führungskräften. 9



Lohnungleichheit
LANV fordert weiterhin gleichen Lohn für gleiche Arbeit. 3

Sapperlot

Es reicht. Natürlich verstehe ich den Ärger über das schlechte Abschneiden der Frauen bei den Landtagswahlen. Die Frauen werden weitere vier Jahre stark unterrepräsentiert sein. Das ist bedauerlich, aber so ist es in einer Demokratie. Die Wahlen verliefen fair, jede und jeder hatte die gleichen Voraussetzungen. Am Ende entscheiden die 49 Prozent der männlichen und 51 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten über die Zusammensetzung des neuen Landtages. Nur weil einem das Ergebnis nicht gefällt (mir gefällt es auch nicht), jetzt aber eine Quote zu fordern, ist der falsche Weg. Eine Quote verzerrt das demokratische Ergebnis. Sie zeugt von wenig Respekt gegenüber dem Willen des Stimmvolkes und dient einzig dazu, gewissen Personengruppen einen Vorteil zu verschaffen. Wer sich zu einer freien Demokratie bekennt, muss gegen bevormundende Quoten sein. Deshalb ist es auch an der Zeit, die Wahlkreise Ober- und Unterland aufzulösen und den Wählern die volle Wahl zu überlassen. *Stephan Agnolazza*



Ärzttekammerpräsidentin vom Obergericht entlastet

Verfahren Der Krankenkassenverband erleidet eine weitere Schlappe. Auch das Obergericht hat Ruth Kranz-Candrian vom Vorwurf der «Überarztung» freigesprochen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Es war die Schlagzeile im September 2015. Mitten im Abstimmungskampf zur KVG-Revision wurde bekannt, dass der liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) ein Wirtschaftlichkeitsverfahren gegen die Ärztekammerpräsidentin Ruth Kranz-Candrian eröffnet hat. Der Vorwurf: Sie soll in den Jahren 2010 und 2011 zu viel abgerechnet, sprich ihre Patienten «überarztet» haben. Im August des letzten Jahres hat sich bereits das Schiedsgericht in allen Punkten gegen die Klage des LKV ausgesprochen. Dagegen hat der Krankenkassenverband Berufung beim Obergericht eingelegt. Die Verhandlung fand am 6. Dezember 2016 statt. Nun liegt das Urteil des Obergerichtes vor. Dieses bestätigt in vollem Umfang das

Urteil des Schiedsgerichtes. Alle Vorwürfe des LKV gegen Ruth Kranz-Candrian sind unbegründet. Das Urteil des Obergerichtes ist rechtskräftig, da der LKV das Urteil nicht angefochten hat.

Verfahrenskosten trägt der Prämienzahler

Damit haben die Krankenkassen ihre Niederlage eingestanden. Die Verfahrenskosten belaufen sich gemäss dem Rechtsanwalt von Ruth Kranz-Candrian, Peter Wolff, auf über eine Viertelmillion Franken. Diese Kosten müssen vollumfänglich vom Krankenkassenverband getragen werden – und somit vom Prämienzahler.

Für Wolff ist es etwas verwunderlich, dass es nach dem Entscheid des Obergerichtes am 16. Dezember 2016 vonseiten des LKV so ruhig geblieben ist. «Wenn man eine Ärztin in den Medien so darstellt, als ob es

höchste Zeit wäre, dass man sie für ihre Abzockerei zur Rechenschaft ziehen muss, dann sollte man auch dazu stehen, wenn sich danach herausstellt, dass nichts dergleichen herausgekommen ist», so der Vorwurf von Peter Wolff in Richtung Krankenkassen.

«Verfahren aus politischen Gründen»

Ruth Kranz-Candrian ist zwar erleichtert über den erneuten vollumfänglichen Freispruch. Doch das Verfahren ist nicht spurlos an ihr vorbeigegangen. «Es wurde ein massiver Druck auf mich aufgebaut – wie auf jeden Arzt, gegen den ein Wirtschaftlichkeitsverfahren eröffnet wird. Beimir ganz besonders, weil dies auch an die Öffentlichkeit gezerzt wurde. Dies letztendlich aus politischen Gründen. Wenn ich nicht Präsidentin der Ärztekammer wäre,

frage ich mich, ob überhaupt ein Verfahren eröffnet worden wäre», so Kranz-Candrian. Das Verfahren gegen sie sei von Anfang an vom LKV mit schlechtem Zahlenmaterial und einer nicht existenten Beweislage geführt worden. Auch das Gericht hat Mängel an der Vorgehensweise und den Beweisen des LKV festgestellt.

Ob das Urteil zu einer Änderung der Vorgehensweise beim Krankenkassenverband führt, bleibt abzuwarten. Der LKV droht derzeit 18 Ärzten in Liechtenstein mit einem Wirtschaftlichkeitsverfahren. In der Schweiz werden diese Verfahren derzeit selbst vom Kassenverband *santésuisse* hinterfragt, da die rein statistische Methode zu falschen Schlüssen führen kann, da andere Kriterien wie etwa das Alter der Patienten oder andere kostentreibende Faktoren dabei nicht berücksichtigt werden.

Kein Ende des Streits in Sicht

Warschau/Brüssel Zwischen Polen und der EU-Kommission stehen die Zeichen auf Sturm. Im Dauerstreit über Demokratie und Rechtsstaat in Polen warf Aussenminister Witold Waszczykowski der Brüsseler Behörde am Dienstag eine Überschreitung ihrer Befugnisse vor und griff namentlich Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans an. Die Kommission wies die Kritik zurück und prüft nun, wie sie weiter im Fall Polen vorgeht. Sie hatte vor mehr als einem Jahr ein Prüfverfahren gegen das EU-Mitglied gestartet. Grund war der Umbau des Verfassungsgerichts durch die nationalkonservative Regierungspartei PiS. Aus Sicht der EU-Kommission kann das Tribunal die Regierung nicht mehr wie vorgesehen kontrollieren. Letztlich geht es um die Gewaltenteilung als Grundprinzip der Demokratie.

Die EU-Behörde hatte den östereuropäischen Staat aufgefordert, das umstrittene Gesetz bis zum 21. Februar, also gestern, Dienstag, zu korrigieren. Aussenminister Waszczykowski sagte jedoch im polnischen Rundfunk, aus Sicht Polens sei die Angelegenheit bereits durch frühere Änderungen abgeschlossen. Nur aus Höflichkeit habe Polen der Kommission geantwortet. (dpa) 18

Bank Linth ist seit 10 Jahren Tochter der LLB – Jahreszahlen stabil



Jubiläum Seit genau 10 Jahren ist die Bank Linth im Mehrheitsbesitz der Liechtensteinischen Landesbank (LLB). Seither hat sich einiges getan, vor allem im Markenauftritt und hinter den Kulissen. Das Bild entstand vor zehn Jahren. Auf dem Foto sind Josef Fehr, damaliger CEO der LLB, Hans-Werner Gassner, VR-Präsident der LLB, Heinz Knecht, damaliger VR-Präsident Bank Linth, und Thomas Eichler, der vormalige CEO der Bank Linth (v. l.). 15 Bild: KEY (6.12.2006)

Anti-IS-Offensive schreitet voran

Beirut In der Offensive gegen die Extremistenmiliz IS im Norden Syriens gibt es den Aufständischen zufolge weitere Erfolge. Die von den USA unterstützten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) seien erstmals in die strategisch wichtige Provinz Deir-al-Sor vorgerückt, verlaute aus kurdischen Militärkreisen. Der Vormarsch in der Region ist Teil eines Einsatzes, in dem die IS-Hochburg Rakka vollständig eingekreist und schliesslich eingenommen werden soll. (sda/reu)

Sieger wird in Stichwahl ermittelt

Quito Die Präsidentschaftswahl in Ecuador wird in einer Stichwahl am 2. April entschieden. Der linke Regierungskandidat Lenin Moreno verpasst den Sieg in der ersten Runde voraussichtlich hauchdünn. «Die Tendenz ist klar», so der Präsident der Wahlbehörde, Juan Pablo Pozo. Demnach liegt Moreno nach 94,4 Prozent ausgezählter Stimmen bei 39,18 Prozent und kann nicht mehr die für einen Sieg nötigen 40 Prozent holen. (sda/dpa)

